

**13/AB**  
**vom 20.12.2024 zu 33/J (XXVIII. GP)** sozialministerium.at

Bundesministerium  
 Soziales, Gesundheit, Pflege  
 und Konsumentenschutz

Johannes Rauch  
 Bundesminister

Herrn  
 Dr. Walter Rosenkranz  
 Präsident des Nationalrates  
 Parlament  
 1017 Wien

---

Geschäftszahl: 2024-0.781.083

Wien, 5.12.2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 33/J der Abgeordneten Mario Lindner, Genossinnen und Genossen, betreffend „Beschwerden wegen Diskriminierungen und Ungleichbehandlungen in Ihrem Ministerium in der XXVII. GP“** wie folgt:

**Frage 1: Wie viele Beschwerdeverfahren vor der Gleichbehandlungskommission des Bundes gab es in Hinsicht auf potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen seitens Ihres Ressorts oder nachgelagerter Dienststellen in der XXVII. GP? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde bzw. möglichem Diskriminierungsgrund und Ausgang des Verfahrens.**

Es waren vier Verfahren:

Jahr	Anzahl	Beschwerde-/Diskriminierungsgrund	Ausgang
2023-2024	1	Weltanschauung	offen
2022-2023	1	Geschlecht	Diskriminierung festgestellt
2021	1	Geschlecht	keine Diskriminierung festgestellt
2019	1	Geschlecht, Alter und Weltanschauung	Diskriminierung festgestellt

Im Hinblick auf Beschwerden durch Bundesbedienstete darf darüberhinaus auf die Gleichbehandlungsberichte des Bundes gemäß § 12a Bundes-Gleichbehandlungsgesetz verwiesen werden, die unter [Gleichbehandlungsberichte des Bundes - Bundeskanzleramt Österreich](#) abrufbar sind.

**Frage 2:** Wie viele Fälle in der XXVII. GP sind Ihnen bekannt, in denen Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber wegen potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen angezeigt wurden? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund.

Im gegenständlichen Zeitraum wurde gegen das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz keine Anzeige wegen potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen erstattet.

**Frage 3:** In wie vielen Fällen in der XXVII. GP waren Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber wegen potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen an Verfahren vor Gericht beteiligt? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund, sowie nach jeweiligem Gericht bzw. jeweiliger Instanz.

Die Beteiligung des Ressorts erfolgte in einem Fall:

Jahr	Anzahl	Beschwerde-/Diskriminierungsgrund	Gericht	Instanz
2023	1	Geschlecht	Arbeits- und Sozialgericht	Erste Instanz

a. In wie vielen Fällen kam es jeweils zu Verurteilungen, Freisprüchen außergerichtlichen Einigungen und welche Summen mussten jeweils als Entschädigung bzw. Strafzahlung gezahlt werden? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund.

In zwei Fällen kam es zu außergerichtlichen Einigungen:

Jahr	Anzahl	Beschwerde-/Diskriminierungsgrund	Gericht	Ausgang	Summe
2023	1	Geschlecht	Arbeits- und Sozialgericht	Außergerichtliche Einigung	€ 29.000,00
2020	1	Geschlecht, Alter und Weltanschauung	-	Außergerichtliche Einigung	€ 48.946,15

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

